
Zum Kontext alternativer Koalitionskonstellationen

Das deutsche Parteiensystem im Wandel

Eckhard Jesse

1 Einleitung

„Eine Mehrheit für Rot-Grün wird extrem unwahrscheinlich bleiben.“¹ Dieses Zitat stammt aus einem geheimen Strategiepapier der SPD vom Juni 2015, in dem eine Koalition der Union mit den Grünen als aussichtsreich gilt: wegen der inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen beiden Parteien, wegen der Sympathie Angela Merkels für ein solches Bündnis, wegen der Abgrenzung der Union gegenüber der Alternative für Deutschland, wegen des Kurswechsels der Grünen, die eine Koalition mit der SPD auf der Bundesebene nicht weiterfolgen.² Die SPD-Spitze soll sich auf einer Präsidiumsklausur im Juni darauf verständigt haben, dies zu verhindern, „indem sie inhaltliche Nähe zu den Grünen demonstrativ herausstellt [...]“. Insbesondere auf Länderebene soll die gute Zusammenarbeit der beiden Parteien betont werden. [...] Inhaltlich wollen die Sozialdemokraten in den kommenden Jahren zunehmend Unterschiede zum Koalitionspartner herausstellen.“³ Gewiss, bis zur nächsten regulären Bundestagswahl sind es noch knapp zwei Jahre hin, aber eine derartige Koalitionsvariante bewegt die Gemüter in der Politik, in der Publizistik und in der Politikwissenschaft.

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichten Union und Grüne von den 43.726.858 gültigen Zweitstimmen 21.859.503: 49,99 Prozent. Angesichts der 15,7 Prozent unverwerteter Stimmen für die an der Fünfprozenthürde gescheiterten Parteien bestand eine glasklare parlamentarische Mehrheit. Ein solches Bündnis scheiterte

1 Zitiert nach dem Artikel hak/rik: SPD befürchtet schwarz-grünes Bündnis, in: Bild vom 12. Juni 2015.

2 So der Tenor in dem obengenannten Artikel.

3 gor/kn: Gabriel will Grüne an sich binden, in: Der Spiegel vom 13. Juni 2015, S.18.

wohl nicht zuletzt an den Grünen, die wegen ihrer Verluste in Höhe von 2,3 Prozentpunkten schwerlich eine Koalition mit der gestärkten Union eingehen konnten.

Sicher, 21 Monate vor der nächsten regulären Bundestagswahl sind Vorhersagen wenig seriös, zumal angesichts von Vorgängen wie der Flüchtlingskrise, die die Bevölkerung bewegt. Allein 2015 sind nach Schätzungen über 1,1 Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Immerhin zeigen die Meinungsumfragen von sieben Instituten eine gewisse Konstanz, ungeachtet der Zunahme für die Alternative für Deutschland (knapp neun Prozent) und der Abnahme für die Union (gut 38 Prozent). Da das demoskopische Resultat für Bündnis 90/Grüne im Schnitt bei knapp zehn Prozent liegt, ergeben die Umfragen fast aller Institute einen Mandatsanteil von über 50 Prozent.⁴ Insofern dürfte ein solches Bündnis arithmetisch möglich sein. Aber auch politisch? Die programmatischen Konfliktpunkte zwischen den beiden Parteien haben in den letzten Jahren abgenommen, ebenso, wiewohl nicht ganz so stark, die habituellen. Gewiss stehen diese Kräfte in anderen politischen Lagern, aber unüberwindliche Hindernisse wie noch vor zwei Jahrzehnten gibt es längst nicht mehr, zumal bei den Grünen zwei „Realos“ Spitzenkandidaten sein dürften, auf der einen Seite Katrin Göring-Eckardt, auf der anderen Seite entweder Cem Özdemir oder Robert Habeck.⁵ Die Diskussion um Schwarz-Grün ist schon längst keine Gespensterdebatte mehr.⁶ Freilich haben weder die Unionspolitiker noch die der Grünen ein Interesse daran, diese Diskussion zu befeuern, sei es, um die eigene „Parteilbasis“ nicht zu verunsichern, sei es, um die eigene Wählerschaft nicht zu irritieren.

Mein Beitrag will jedoch nicht diese Koalitionsvariante in den Vordergrund rücken, sondern den Wandel des Parteiensystems und des Koalitionsgefüges in den letzten Jahren zur Sprache bringen, zumal nach der Bundestagswahl 2013. Insbesondere geht es darum, die verschiedenen Koalitionsvarianten zu systematisieren – unter zwei Hauptgesichtspunkten: einerseits hinsichtlich der Zahl der an der Koalition beteiligten Parteien, andererseits hinsichtlich ihrer Homogenität. Gewiss, Wandel, wie stark auch immer, ist kennzeichnend für jeden demokratischen Verfassungsstaat, aber in Deutschland ist dieser durch die Einheit vor 25 Jahren besonders stark. Am Ende schlage ich den Bogen zum Anfang, indem erörtert wird, wie die Bildung einer schwarz-grünen Koalition zu bewerten ist.

4 Vgl. Sonntagsumfrage Bundestagswahl, unter: wahlrecht.de (31. Dezember 2015).

5 Vgl. Florian Gathmann/René Pfister: Rache der Fundis, in: *Der Spiegel* vom 13. Juni 2015, S. 42.

6 Vgl. bereits Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.): *Schwarz-Grün. Die Debatte*, Wiesbaden 2011.

Dass das Parteiensystem sich wandelt, ist eine Binsenweisheit – aber in welche Richtung? Schrumpfen die beiden Volksparteien aufgrund der Großen Koalition? Lernen die Grünen aus verkehrten Strategien bei der Bundestagswahl 2013 und profitieren sie von ihrer Oppositionsrolle? Spricht die größere zeitliche Entfernung von der DDR für einen Einflussverlust der Partei Die Linke – oder eher umgekehrt? Vermag sich die AfD, ungeachtet der Abspaltung eines Flügels, angesichts der Flüchtlingskrise zu etablieren? Löst sie die FDP ab, vielleicht sogar einmal als Koalitionspartner der Union? Oder können die Liberalen wieder Fuß fassen? Auf die Fragen soll nicht der Versuch einer Antwort gegeben werden, haftet dieser doch ein gerüttelt Maß an Spekulation inne. Die künftigen Eigenschaften des Parteiensystems mit Blick auf Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität, Polarisierung und Segmentierung kommen daher nicht zur Sprache, ebenso nicht Überlegungen zu office seeking, policy seeking, vote seeking, identity seeking. Eine quantitative Analyse führt bei einer komplexen Thematik wie bei der nach Koalitionsszenarios wenig weiter.⁷

2 **Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2013**

Waren das Zeiten in den 1960er und 1970er Jahren: Bei den sechs Bundestagswahlen 1961 bis 1980 konnten jeweils nur drei Parteien in den Deutschen Bundestag einziehen: die Union⁸, die SPD und die FDP, nachdem 1953 mit der Deutschen Partei, dem Gesamtdeutschen Block/Block der Heimatvertriebenen sowie dem Zentrum sechs und 1957 mit der Deutschen Partei vier Parteien in den Bundestag gelangt waren, die Zentrumsparterie und die DP nur wegen des Gewinns von Direktmandaten dank des Verzichts der CDU auf die Aufstellung von Kandidaten. Apostrophiert als „letzte Weimarer wie erste bundesrepublikanische Wahl“⁹, hatte die Bundestagswahl 1949 zu dem Einzug von zehn Parteien geführt sowie dreier – heute vergessener – unabhängiger Kandidaten namens Eduard Edert, Richard

7 Vgl. Eckhard Jesse/Frank Decker (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013.

8 CDU und CSU zählen bei einer Betrachtung des Parteiensystems als eine einzige Partei.

9 So Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 260.

Freudenberg und Franz Ott.¹⁰ Anfangs, 1953 und 1957, wurden sogar „übergroße Koalitionen“ gebildet. Nur 1960/61 gab es für eine kurze Zeit eine Alleinparteienregierung, danach schwarz-gelbe bzw. rot-gelbe Koalitionen – diese „farbigen“ Charakterisierungen sind übrigens ein Produkt späterer Zeit. Mit dem Aufkommen der Grünen Anfang der 1980er Jahre bildeten sich allmählich zwei Blöcke heraus, bestehend aus jeweils zwei Parteien. Der Wähler votierte selbst unter den Bedingungen der Verhältniswahl nicht nur für eine Partei, sondern auch gleichsam für eine Koalition.

Obwohl nach der deutschen Einheit mit der Nachfolgepartei der SED, der PDS, wider allgemeinem Erwarten, eine fünfte Partei sich parlamentarisch im Bund behaupten konnte, setzte sich das herkömmliche Koalitionsmuster fort: 1990 und 1994 besiegte Schwarz-Gelb Rot-Grün, 1998 und 2002 Rot-Grün Schwarz-Gelb, 2002 nur deshalb, weil Gregor Gysi, vorher und nachher dreimal Wahlkreissieger, nicht mehr in seinem Wahlkreis angetreten war, so dass die PDS bei 4,0 Prozent der Stimmen bloß zwei Direktmandate im Osten Berlins erzielt hatte und folglich nicht von der Alternativklausel profitieren konnte. Die PDS vermochte von 1990 bis 2002 weder diese noch jene Koalitionsvariante zu blockieren. Im Jahr 2002, das ist nahezu vergessen, hatten sich die Parteienblöcke beträchtlich aufgelockert: Die Sozialdemokraten waren auf die Grünen nicht mehr fixiert, die Liberalen nicht auf die Union.

Wie bekannt, verhinderte die PDS, angetreten unter dem Namen „Die Linkspartei“, im Jahre 2005 eine Koalition alten Musters, da es nach den vorgezogenen Wahlen arithmetisch weder für Schwarz-Gelb noch für Rot-Grün gereicht hatte. Eine Große Koalition war die Folge, vermochten doch weder Union und FDP die Grünen für sich zu gewinnen noch SPD und Grüne die FDP. Ein Bündnis mit der Linkspartei stand ohnehin nicht zur Debatte. 2009 hingegen gelang die Bildung einer schwarz-gelben Koalition, obwohl die Partei Die Linke¹¹ 11,9 Prozent erzielt hatte, größtenteils auf Kosten der SPD, fünfmal mehr als die PDS bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990.

Hingegen trat 2013 grundsätzlich das Muster von 2005 ein: Die Linke, für die SPD erneut nicht als bündnisfähig geltend, provozierte eine Große Koalition.¹²

10 Vgl. Christian Nestler: Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2013: zahlreich, aber chancenlos, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (2014), insbes. S. 803.

11 2007 hatten Linkspartei und WASG sich zur Partei „Die Linke“ zusammengeschlossen.

12 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014. – Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015.

Allerdings sind zwei gravierende Unterschiede erkennbar: Zum einen gab es eine arithmetische, allerdings keine politische Mehrheit für eine kleine Koalition aus Schwarz-Grün, zum anderen scheiterte die FDP nach ihrem besten Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 (14,6 Prozent) mit 4,8 Prozent an der Fünfprozentklausel. Schwarz-Gelb hatte nach Stimmen mehr als Rot-Grün-Dunkelrot, aber eben nicht an Mandaten. Das überraschende Scheitern der Liberalen an der Fünfprozenthürde fußte auf vielen Gründen. Einer liegt in der falschen Koalitionsstrategie der beiden Parteien: Die FDP übertrieb es nach dem für sie schlechten Ausgang bei der bayerischen Landtagswahl mit dem „Koalitionswahlkampf“ (Stichwort: „Leihstimmekampagne“), die Union hingegen vermied jeden „Koalitionswahlkampf“ (eingedenk der Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013).¹³ Die Liberalen hätten wissen müssen: Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl mit dem starken Abschneiden der „Freien Wähler“ bedeutet wenig für den Ausgang bei der Bundestagswahl, und die Politiker der Union: Für die Fortsetzung der Koalition bedarf es der Mandate der FDP. Der Union wäre als stärkster politischer Kraft ohnehin das Amt des Bundeskanzlers zugefallen (beim Fehlen einer „bürgerlichen“ Mandatsmehrheit). Eine Große Koalition wurde notwendig, da die SPD mit der Partei Die Linke, wie im Wahlkampf begründet, kein Bündnis eingehen wollte, und Bündnis 90/Grüne keine Koalition mit der Union, obwohl die Partei dies im Wahlkampf nicht eigens ausgeschlossen hatte. Die eigenen Stimmenverluste und die Stimmengewinne der Union machten ihr ein solches Bündnis wohl unmöglich.

Nahezu unmittelbar nach der Bundestagswahl erklärten Grüne und SPD die „Ausschließertis“ (Tarek Al-Wazir) für beendet.¹⁴ Die Grünen zogen auf ihrem Berliner Parteitag im Oktober 2013 die Konsequenz aus dem dreimaligen Scheitern von Rot-Grün und damit aus ihrer Oppositionsrolle von 2005 an. „Andere Koalitionsoptionen müssen grundsätzlich möglich sein – sei es Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün. [...] In unserer Partei müssen wir die bestehende Blockade überwinden, damit alle auch alle Optionen mittragen können.“¹⁵ Gewiss, diese Bekundung war für die Partei prinzipiell nichts Neues, aber die Verve, mit der ein solcher Standpunkt verfochten wurde, signalisiert große Ernsthaftigkeit. Die

13 Allerdings beruhte dieser Umstand auf einer Fehlwahrnehmung. Nicht das Stimmen-splitting hatte die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition verhindert (im Gegenteil), wohl aber der geringfügig zu knappe Stimmenanteil von Union und FDP.

14 Vgl. auch Frank Decker: Zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2013: Überwindung der koalitionspolitischen Segmentierung, in: Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013, S. 143-163. – Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015.

15 Bündnis 90/Die Grünen: Beschluss. Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft, Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, 18.-20. Oktober 2013, S. 4.

Partei will wieder regieren, nicht mehr opponieren. Und die SPD verabschiedete auf ihrem Bundesparteitag am 14. November 2013 einen Leitantrag mit folgendem Kernsatz: „Für die Zukunft schließen wir keine Koalition (mit Ausnahme von rechtspopulistischen oder -extremistischen Parteien) aus.“¹⁶ Damit hat die SPD ihre abgrenzende Position gegenüber der Nachfolgepartei der SED geräumt. Sie will nicht bloß Juniorpartner in einer Großen Koalition sein, sondern wieder den Kanzler stellen. Dabei setzt sie offenkundig nicht auf die FDP, sondern auf die Partei Die Linke. Allerdings sind nicht zuletzt wegen der außenpolitischen Haltung dieser Partei, etwa mit Blick auf das Russland Putins, die Vorbehalte der SPD (und der Grünen) gegenüber der linken Konkurrenz wieder gewachsen. Hingegen suchen bei ihr einflussreiche Kräfte auf ein solches Bündnis hinzuarbeiten.¹⁷

Unter dem Strich heißt dies zweierlei: Zum einen schließen die Parteien, was die Bundesebene betrifft, Koalitionsoptionen immer weniger aus (für die FDP gilt das ebenso), zum anderen bedeutet das: Eine Große Koalition dürfte weniger in Frage kommen. Denn diese ist nur aus der Not heraus geboren, weil alternative Koalitionskonstellationen entfallen. Allerdings werden die beiden Aussagen durch das Aufkommen der AfD relativiert: Erstens gehen alle etablierten Parteien auf Distanz zu dieser Partei, die somit nicht als koalitionsfähig gilt. Zweitens kann durch den Einzug der AfD in den Bundestag doch wieder eine Große Koalition in Frage kommen, wenn es etwa weder für eine schwarz-grüne noch für eine rot-grün-rote Koalition arithmetisch reicht.

Diese Partei kann die Entwicklung der Grünen ebenso nehmen wie die der „Piraten“. Als die Piratenpartei 2011 in das Berliner Abgeordnetenhaus einzog und im nächsten Jahr in die Landtage des Saarlandes (7,4 Prozent), Schleswig-Holsteins (8,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalens (7,8 Prozent), gingen professionelle Beobachter von einer bundesweiten Etablierung der Partei aus. Doch ihr Resultat bei der Bundestagswahl 2013 mit 2,2 Prozent fiel ernüchternd aus, und bei den jüngsten Landtagswahlen 2014/2015 konnte die Partei froh sein, die für die staatliche Parteienfinanzierung wichtige Marke von 1,0 Prozent überwunden zu haben. Ihr politisches Personal war und ist überfordert, das Programm („Freiheit im Netz“)

16 Beschluss: Leitantrag Perspektiven. Zukunft. SPD!“, unter: www.spd.de.

17 Tom Strohshneider: Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, Politische Bündnisse und Hegemonie. Ein Flugschrift, Hamburg 2014. – Benjamin-Immanuel Hoff: die linke: partei neuen typus? milieus – strömungen – parteireform. eine flugschrift, Hamburg 2014.

teils interessenfixiert, teils beliebig. Weder die Angebots- noch die Nachfrageseite spricht für eine Etablierung der Partei.¹⁸

Die AfD hat besseres politisches Personal als die Piratenpartei. Und sie ist nicht fixiert auf Euroskeptizismus, wie ihre Kritik an der Familien-, der Steuer-, und Sicherheitspolitik anderer Parteien zeigt, und auch nicht auf die Zuwanderungspolitik, obwohl dies in letzter Zeit manchmal so scheinen mochte. Neue politische Gruppierungen üben Anziehungskraft auf politische Glücksritter und Traumtänzer aus. Die Partei muss jede Form des Radikalismus meiden. Und eine politische Kraft, die sich als konservativ versteht, sollte nicht ressentimentbehafte Töne anschlagen, etwa mit (N-)Ostalgie und Ressentiments gegenüber Flüchtlingen, wie das zumal vor der Landtagswahl in Brandenburg 2014 der Fall war. Seriöses politisches Personal ist wichtig. Die Reaktion etablierter Parteien fällt bisher nicht so aus, als hätten sie ein überzeugendes Mittel gegen die neue politische Kraft gefunden. Will die Union die AfD „klein halten“, muss sie deren Themen aufgreifen. „Totschweigen“ hilft nicht. Und die SPD hat zu bedenken: Gerade ein Teil ihrer Wählerschaft fühlt sich von den Themen angesprochen, die die AfD in den Vordergrund rückt.

Nach dem urplötzlichen Scheitern an der Fünfprozenthürde 2013 sind für die FDP, trotz der Achtungserfolge in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, allenfalls schwache Anzeichen für eine „Erholung“ erkennbar. Sie entfaltet keine wirksamen Initiativen, und Medien berichten kaum über sie und wenn, wie vor der Bundestagswahl 2013, dann oft nicht ohne Häme. Es entsteht der Eindruck, als bemühe sich die Union nicht sonderlich darum, dass die FDP wieder „auf die Beine kommt“. Eine wissenschaftliche Tagung über Schwarz-Gelb gälte als ein Anachronismus. Deutschland braucht aber eine Partei, die alle wichtigen und richtigen Entscheidungen in der West-, Ost- wie Deutschlandpolitik mitgetragen hat und „weniger Staat“ fordert – eine politische Kraft, die stärker als die Konkurrenz an die Verantwortung des Individuums appelliert.¹⁹

Der Ausblick auf die Bundesländer führt mit Blick auf die Koalitionskonstellation 2017 im Bund wenig weiter. Hier haben wir einen Flickenteppich an unterschiedlich zusammengesetzten Regierungen, ohne Berücksichtigung der Größenverhältnisse: SPD und Grüne; SPD und Union; SPD, Grüne und SSW; SPD und Linke; Linke, SPD und Grüne; CDU und Grüne; CSU-Alleinregierung. Bis 2012 gab es im Saarland eine Ampel-Koalition, bis 2014 in Sachsen eine CDU-FDP-Regierung, bis 2015 in Hamburg eine Alleinregierung der SPD; und es gab eine Reihe von Minderheits-

18 Vgl. Erik Schlegel: Quo vadis Piratenpartei? Analyse der politischen Wettbewerbsfaktoren zur (Nicht-)Etablierung im Parteiensystem, Baden-Baden 2016 (i. E.)

19 Vgl. Eckhard Jesse: Wie geht es mit der FDP weiter?, in: Ders.: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln 2015, S. 425-432.

regierungen, zuletzt von 2010 bis 2012 in Nordrhein-Westfalen. Wie schnell die Konstellationen sich ändern können, zeigt etwa die Regierungsbildung in Baden-Württemberg und in Thüringen: Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Winfried Kretschmann (seit 2011) und Bodo Ramelow (seit 2014) zwei Ministerpräsidenten, die weder aus den Reihen der Union noch aus denen der SPD stammen.²⁰ Zehn Jahre zuvor wäre dies als nahezu ausgeschlossen angesehen worden.

3 Systematisierung der Koalitionstypen

Die Systematisierung der Koalitionstypen kommt in der Forschung zu kurz.²¹ Zu unterscheiden ist zwischen der Zahl der Koalitionspartner (zwei oder drei) und danach, ob die Parteien dem gleichen politischen Lager angehören (mit Blick auf die sozio-ökonomische und die sozio-kulturelle Konfliktlinie sowie auf die Konfliktlinie systemloyal versus systemoppositionell).²² Wie Untersuchungen zur Wählerschaft und zur Programmatik zeigen, sind klare Unterscheidungen erkennbar: zwischen dem „bürgerlichen Lager“ einerseits (Union, FDP, AfD) und dem „linken Lager“ andererseits (SPD, Grüne, Die Linke). „Diese Lager sind im Hinblick auf Sozialstruktur, Interessen und Positionen nicht homogen; allerdings zeigt sich die Lagerbindung in zwei wichtigen Punkten, nämlich dem Wechselwahlverhalten und dem Koalitionsverhalten“²³ – jedenfalls weithin.

Daraus resultieren vier Varianten (unter Einbeziehung der Partei Die Linke und der AfD): 1. ein lagerinternes Zweierbündnis: Schwarz-Gelb versus Rot-Grün; 2. ein lagerinternes Dreierbündnis: auf der einen Seite Schwarz-Gelb-Blau, auf der anderen Rot-Grün-Dunkelrot; 3. ein lagerexternes Zweierbündnis: Schwarz-Grün versus Rot-Gelb; die Große Koalition (Schwarz-Rot) gehört ebenfalls in diese Kategorie; 4. ein lagerexternes Dreierbündnis: „Jamaika“-Koalition (Schwarz-Gelb-Grün) versus „Senegal“-Koalition (Rot-Grün-Gelb).

20 In den über 60 Jahren zuvor war dies mit Reinhold Maier (FDP) und Heinrich Hellwege (Deutsche Partei) ebenso nur zweimal der Fall.

21 Vgl. mit Blick auf Koalitionsaussagen Thomas Schubert: Vorstufe der Koalitionsbildung oder strategisch-taktische Wahlkampfinstrumente? Koalitionsaussagen vor Bundestagswahlen, in: Eckhard Jesse/Frank Decker (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie, S. 97-113.

22 Das schließt Grauzonen nicht aus.

23 Tim Spier: Realisierbare Koalitionsoption im Zeithorizont 2013/2017? Perspektiven von Rot-Rot-Grün, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie, S. 372.

Wie ist es mit der arithmetischen und der politischen Umsetzung im Bund bestellt? Hier gibt es auch vier Möglichkeiten: 1. arithmetisch und politisch möglich; 2. arithmetisch möglich, politisch nicht; 3. politisch möglich, arithmetisch nicht; 4. politisch und arithmetisch nicht möglich. Dies mag an einigen Beispielen erläutert sein.

Es ist schnell ersichtlich, dass die Parteien eines Lagers nicht umstandslos zueinander passen. So ist ein Dreierbündnis auf der „bürgerlichen Seite“ so gut wie auszuschließen (ein Bündnis mit der AfD lehnt die Union ebenso strikt ab), und auch ein Dreierbündnis auf der „linken Seite“ dürfte jedenfalls auf Bundesebene, wie erwähnt, keineswegs ein „Selbstläufer“ sein.

Vor einigen Jahren war die folgende Auffassung weit verbreitet: Um regierungsfähige Mehrheiten auf Bundesebene zu schaffen, da die Partei Die Linke sowohl ein schwarz-gelbes als auch ein rot-grünes Bündnis verhindern könne und eine Große Koalition keine geeignete Alternative sei, komme eine lagerübergreifende Dreier-Koalition in Frage: entweder eine Koalition der SPD und der Grünen mit der FDP oder eine Koalition der Union und der FDP mit den Grünen. Die Frage lautete: Wer (FDP oder Bündnis 90/Die Grünen) wagt den „Sprung über den Lagergraben“²⁴, ohne davon Schaden zu nehmen? Die einschlägige Diskussion darüber ist längst erlahmt, sei es wegen der Schwäche der SPD und vor allem der FDP, sei es wegen der Stärke der Union und der Grünen, die allein ein Bündnis bilden könnten, jedenfalls in arithmetischer Hinsicht. Auf einem anderen Blatt steht, ob es sinnvoll ist, solche Varianten nicht weiter zu verfolgen oder gar abzuschreiben.

Sollte es arithmetisch für ein Bündnis der Union mit der FDP reichen, so ist diese lagerinterne Zweierkoalition die wahrscheinlichste Variante, wenngleich nicht mehr so sicher wie noch vor 2013. Von einem politisch eindeutig möglichen Bündnis Rot-Grün spricht so gut wie keiner (mehr), da jedem die Aussichtslosigkeit eines derartigen Unterfangens offensichtlich erscheint. Angesichts der geschilderten Öffnung der SPD und der Grünen für andere Optionen liegt eine lagerexterne Zweierkoalition von Union und Grünen im realistischen Bereich, ebenso ein rot-grün-dunkelrotes Bündnis (eine lagerinterne Dreierkoalition). Die erste Variante ist allerdings realistischer als die zweite, wenngleich die „Basis“ der Grünen bei aller „Koalitionsflexibilität“²⁵ unberechenbar sein mag. Daher ist für die SPD das thüringische Experiment so wichtig wie für die Union das hessische, wiewohl die

24 Vgl. Marc Debus/Jochen Müller: Lohnt sich der Sprung über den Lagergraben? Existenz und Effekte politischer Lager im bundesdeutschen Parteienwettbewerb, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie, S. 259-278.

25 So Niko Switek: Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015, S. 356.

daran beteiligten Parteien von einem „Testfall“ jeweils nichts wissen wollen. Die Große Koalition (das lagerübergreifende Zweierbündnis schlechthin) rangiert in der Wahrscheinlichkeit hinter Schwarz-Grün aber wohl vor Rot-Grün-Dunkelrot.

Neben der arithmetischen und politischen Möglichkeit muss für eine normativ orientierte Politikwissenschaft auch die folgende Maxime gelten: Ist eine für ein Bündnis vorgesehene Partei nicht zweifelsfrei demokratisch, gebietet es der antiextremistische Konsens, davon Abstand zu nehmen. Ohne das an dieser Stelle auszuführen: Die Linke ist in ihrer Gesamtheit kein Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates.²⁶ Unabhängig von der arithmetischen Machbarkeit (sie ist auf Bundesebene seit 1998 prinzipiell gegeben, mit Ausnahme des Jahres 2009): Die SPD stellt sich – jedenfalls bisher – zu Recht quer, während Bündnis 90/Grüne damit kein größeres Problem zu haben scheint. Im Übrigen gilt: Eine – formale – Mehrheit für Rot-Grün-Dunkelrot muss keineswegs zustande kommen, wenn der Wähler weiß, ein solches Bündnis ist geplant. Wer dies nicht wahrhaben will, macht sich eine Milchmädchenrechnung zu Eigen. Schließlich ist es einfacher, eine „formale“ Mehrheit für Rot-Grün-Dunkelrot zustande zu bringen, wird ein solches Bündnis vor der Wahl eigens ausgeschlossen. Insofern sollte man das Wort von einer „strukturellen Mehrheit“ links von den „bürgerlichen“ Kräften nur einschränkend gebrauchen.

4 Ost-West-Unterschiede

Die gängigen bipolaren Koalitionstypen (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün) würden ohne die neuen Bundesländer vermutlich weiter gelten. Union und SPD (bis auf 2002) schneiden bei Bundestagswahlen im Westen des Landes besser als im Osten ab – nicht zuletzt wegen der dortigen Stärke der Postkommunisten. Gleiches gilt für die Grünen und die Liberalen (jeweils mit der Ausnahme der ersten Bundestagswahl). Die Hauptgründe: der schwächere Mittelstand und der geringere Postmaterialismus. Das Elektorat der Liberalen und das der Grünen gehört überproportional stark zu den im Osten unterrepräsentierten Besserverdienenden. Die starken Erfolge der schwach extremistischen Partei Die Linke und die schwachen Erfolge der stark extremistischen NPD sind einerseits sozialisationsbedingt (erklärbar durch die Zeit vor der Wiedervereinigung: starke DDR-Prägung; mangelnde Weltoffenheit des alten Systems), andererseits situationsbedingt (erklärbar durch

26 Vgl. ausführlich Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München 2012.

die Zeit seit der Wiedervereinigung: u. a. Wegbrechen von Lebensentwürfen; teils hohe Arbeitslosigkeit). Das Wahlverhalten zwischen Ost und West ähnelt sich und unterscheidet sich gleichwohl beträchtlich.²⁷ Dies gilt auch für das Koalitionsverhalten. Ein Bündnis mit der Partei Die Linke ist für die SPD im Osten nahezu eine Selbstverständlichkeit, im Westen keineswegs.

Wer die Ergebnisse für Ost und West unter Koalitionsgesichtspunkten gesondert betrachtet, erkennt schnell: 2002, 2005 und 2013 wäre es zu einer schwarz-gelben Mehrheit bei einer ausschließlichen Wahl im Westen des Landes gekommen, gleiches Abstimmungsverhalten vorausgesetzt. Die AfD konnte 2013 im Osten die Fünfprozenthürde überwinden (5,9 Prozent), die FDP im Westen (5,2 Prozent). Nur 1990 hätte es im Osten für Schwarz-Gelb gereicht, und nur 1998 im Westen nicht für Schwarz-Gelb. Eine merkwürdige Paradoxie, bedingt durch das Scheitern der PDS an der Fünfprozenthürde: Bei der Bundestagswahl 2002 hatte Rot-Grün, das im Bund wieder die Regierung stellen konnte, weder im Osten noch im Westen eine Mandatsmehrheit.

Aber der Osten ist ebenso wenig eine Einheit wie der Westen. Die Unterschiede zwischen Brandenburg und Sachsen sind auffallend, wie besonders die Landtagswahlen zeigen: Die SPD dominiert in Brandenburg klar, CDU und Die Linke kämpfen um den zweiten Platz. Auf die CDU fällt mit gewissen Abweichungen von Wahl zu Wahl nur jede fünfte Stimme. Allerdings ist der Rückgang des SPD-Anteils im Vergleich zu den neunziger Jahren deutlich. Die CDU dominiert in Sachsen noch klarer als die SPD in Brandenburg, wiewohl die Triumphe der Partei aus den neunziger Jahren der Vergangenheit angehören dürften. Selbst zusammengekommen bleiben die Anteile für SPD und Die Linke unter einem Drittel der Wählerstimmen.

Wieso ist Sachsen ein „schwarzes“ und Brandenburg ein „rotes“ Bundesland? Liegt dies wesentlich an der Prägung durch Persönlichkeiten wie Kurt Biedenkopf und Manfred Stolpe nach 1989? Oder ist die Zeit vor der deutschen Einheit maßgebend? Der Unmut gegenüber dem Kommunismus war im benachteiligten Sachsen weit größer als im begünstigten Brandenburg. Die friedliche Revolution samt einer schnellen deutschen Einheit ging maßgeblich von Leipzig, Dresden und Plauen aus, während im Berliner Umland lange die Utopie von einem dritten Weg herumgeisterte. Wie stark die Gewichtung zwischen der Zeit vor 1990 und der Zeit danach ist, bedarf einer eingehenden Untersuchung.

27 Vgl. etwa Robert Rohrschneider/Rüdiger Schmitt-Beck/Franziska Jung: Vereint: Doch immer noch verschieden: ost- und westdeutsche Wähler, in: Bernhard Weißels/Harald Schoen/Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 360-379.

5 Schluss

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Bisher wurde mit Blick auf Schwarz-Grün nur der prospektive Gesichtspunkt beleuchtet, nicht der präskriptive. Ein Bündnis zwischen Schwarz-Grün ist unter demokratietheoretischen Aspekten sinnvoll, zum einen deshalb, weil es sich um eindeutig demokratische Kräfte handelt, zum andern deshalb, weil die Koalition aus nur zwei Parteien besteht. Eine parlamentarische Mehrheit aus einer großen und einer kleinen Partei war weder nach den Bundestagswahlen 1949 noch nach denen von 2005 möglich, wohl aber nach 2013. Eine Zweier-Koalition verfügt über ein höheres Maß an Stabilität. Das in Dreier-Koalitionen angelegte Konfliktpotential ist offenkundig größer.

Allerdings: Eine solche Koalition wäre ein lagerexternes Bündnis. Dies würde den ohnehin zu stark konsensdemokratisch ausgerichteten Charakter des politischen Systems weiter verstärken. Wir haben, um mit Manfred G. Schmidt zu reden, faktisch einen „Staat der Großen Koalition“²⁸, unabhängig davon, welche politischen Kräfte die Regierung stellen. Mehr Wettbewerb, vorsichtig formuliert, könnte unserer Demokratie nicht schaden.

In einem Gegensatz dazu steht der „rapide Politikwechsel“²⁹, den wir in dem einen oder anderen Bereich erlebt und mit dem wir so nicht gerechnet haben. Das bekannteste Beispiel ist der Ausstieg aus der Kernenergie im Jahre 2011, vollzogen von einer „bürgerlichen“ Regierung. Und die Hartz IV-Gesetze erhöhten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, vollzogen von einer rot-grünen Regierung. Dass Angela Merkel 2015 für ihren Satz „Wie schaffen das“ von der SPD, den Grünen und sogar von der Linken Beifall erhält, ist eine weitere Paradoxie.

Der Bonner Politikwissenschaftler Volker Best, ebenfalls Anhänger einer Lager-Koalition, beklagt „komplexe Koalitionen, perplexen Wähler, perforierte Parteiprofile“³⁰. Um dies zu ändern, plädiert er gemäß italienischem Vorbild dafür, der stärksten Partei bzw. dem stärksten Parteienbündnis eine absolute Mandatsmehrheit zuzubilligen.³¹ Eine schwarz-grüne Koalition wäre dann für absehbare Zeit vom Tisch. Eine andere Variante, um sowohl Große Koalitionen als auch

28 Manfred G. Schmidt: *Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*, 2. Aufl., München 2011, S. 41, S. 463 f. und öfter.

29 Vgl. Friedbert W. Rüb (Hrsg.): *Radikale Politikwechsel in der Bundesrepublik. Theoretischer Rahmen und politische Befunde*, München 2014.

30 Volker Best: *Komplexe Koalitionen, perplexen Wähler, perforierte Parteiprofile. Eine kritische Revision jüngster Befunde zur deutschen Parteiendemokratie und ein Reformvorschlag*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46 (2015), S. 82-99.

31 Vgl. ausführlicher ders.: *Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012*, Baden-Baden 2015, S. 407-429.

lagerexterne Bündnisse zu vermeiden, wären Minderheitsregierungen, die in Deutschland aufgrund der Last der Vergangenheit nicht sonderlich beliebt sind.

Ein schwarz-grünes Bündnis stellte für beide Seiten kein Wunschbündnis dar, und es käme wohl nur dadurch zustande, dass die Parteien den Wähler vorher im Unklaren ließen. Das wäre suboptimal. Die großen Hoffnungen, die sich manche von einem solchen Bündnis erwarten, könnten ohnehin schnell enttäuscht sein. Ein „Projekt“ ist Schwarz-Grün nicht. Realistisch ist eine derartige Koalition schon.

Auch wenn, bei Licht betrachtet, nach menschlichem Ermessen nur drei Bündnisse unter Führung der Union (Schwarz-Gelb – Schwarz-Rot – Schwarz-Grün) in Frage kommen, so stimmt die oft zu lesende Aussage nicht, die Union sei in der Lage, sich den kleinen Partner auszusuchen. Denn potentielle Juniorpartner können sich gegen eine Liasion sperren.

Schwarz-Grün

Erfahrungen und Perspektiven

Kronenberg, V. (Hrsg.)

2016, VI, 160 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12989-7